

Editorial: Wissenschaftliche Spitzenleistung  
durch adäquate Anreize fördern

Ineffizienzen belasten Gesundheitssystem  
jährlich mit mindestens 7,5 Mrd. €

EUREN-Konjunkturausblick vorgestellt

E-Living Conference „Life in a Digital Europe“

Workshop des *Project LINK* in New York

Neuerscheinungen: Macroeconometric Models  
and European Monetary Union –  
Wirtschaftspolitische Chronik 1949–2002 –  
RWI : Discussion Papers – RWI : Materialien

Interna: Interview mit Prof. Thomas K. Bauer

Nr. 1/2004



## **Wissenschaftliche Spitzenleistung durch adäquate Anreize fördern**

Deutschland braucht wissenschaftliche Spitzenleistungen und dafür mehr Wettbewerb im Hochschulbereich. Die aktuelle Diskussion um die deutsche Hochschulpolitik wird daher neben der Frage nach der Einführung von Studiengebühren vor allem durch den Vorschlag des Aufbaus so genannter Elite-Universitäten geprägt. Ziel ist es, durch eine Förderung wissenschaftlicher Spitzenleistungen die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems vor allem im Vergleich mit den USA zu erhöhen und hierdurch langfristig zu einer Verbesserung des Qualifikationsniveaus in der deutschen Volkswirtschaft und somit zu mehr Wirtschaftswachstum beizutragen.

Grundsätzlich zielt dieser Vorschlag in die richtige Richtung, da sich Deutschland schon seit langem immer stärker zu einer wissensbasierten Volkswirtschaft entwickelt und daher hoch qualifizierte Arbeitnehmer dringend benötigt werden. Angesichts des demographischen Wandels, also des starken Rückgangs der Geburten und des fortdauernden Anstiegs der Lebenserwartung, wird dies in Zukunft wohl auch immer wichtiger. Denn der demographische Wandel führt nicht nur dazu, dass die Bevölkerung in Deutschland altert, sondern lässt sie auch schrumpfen. Zur Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und ihres Wachstums wird daher in Zukunft Humankapital ein immer wichtigerer Produktionsfaktor werden. Auch aus der Sicht individueller Arbeitnehmer ist Humankapital ein eminent wichtiger Bestimmungsfaktor wirtschaftlichen Erfolges, denn eine adäquate Qualifikation stellt nach wie vor die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit dar.

Hierbei darf aber nicht übersehen werden, dass Ausbildung kein einmaliger Akt ist.

Das Wissen und die Kompetenzen, die man durch einen Schul- und/oder Berufsabschluss erwirbt, müssen stetig auf dem neuesten Stand gehalten werden, da sich unsere Wirtschaft und damit auch



das Erwerbsleben ja ständig und mit zunehmendem Tempo verändern. Qualifikation ist also ein Prozess, der sehr früh beginnt und der Menschen ihr ganzes Leben lang begleitet. Dieser Prozess ist eng mit dem Erkenntnisfortschritt in der Wissenschaft verknüpft. Daher dürfen Forschung und Lehre nicht voneinander getrennt werden, da sonst die Diffusion neuer Erkenntnisse in Lehrinhalte nicht möglich wäre. Die Förderung wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts darf auch nicht auf den scheinbaren Gegensatz von Breiten- vs. Spitzenförderung verengt werden. Ebenso wenig dürfen anwendungsorientierte und Grundlagenforschung gegeneinander ausgespielt werden.

Es liegt auf der Hand, dass sich Spitzenleistungen in Forschung und Lehre nicht erzwingen oder verordnen lassen. Einzig durch adäquate Anreize ist es möglich, international wettbewerbsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen hervorzubringen. Solche Anreize bestehen sowohl in der Schaffung eines Umfeldes, das geeignet ist, Spitzenforschung zu ermöglichen, als auch in der Möglichkeit zu einer leistungsgerechten Bezahlung von Forschern.

Dieser Prozess benötigt neben Zeit auch Geld. Die Mobilisierung von zweifelsohne vorhandenen Effizienzreserven in der deutschen Forschungslandschaft allein reicht nicht aus. Derzeit ist die finanzielle

Situation an vielen Hochschulen Deutschlands derart prekär, dass sich dies nicht nur in erschwerten Studienbedingungen niederschlägt, sondern auch die Forschung behindert. Hier muss kurzfristig Abhilfe geschaffen werden. Langfristig ist Geld ausgeben alleine allerdings nicht der richtige

Weg. Eine Erfolg versprechende Förderung muss gezielt sein und es ermöglichen, dass sich die besten Ideen in einem transparenten Wettbewerbsprozess durchsetzen.

*Michael Fertig*

## Aus der Forschung

### Ineffizienzen belasten Gesundheitssystem jährlich mit mindestens 7,5 Mrd. €

Nicht nur auf der Einnahmen-, sondern auch auf der Ausgabenseite besteht im Gesundheitswesen Reformbedarf. Durch die Beseitigung von Ineffizienzen könnten nach einer gemeinsamen Studie des RWI und der ADMED GmbH schon unter den gegebenen Voraussetzungen jährlich zwischen 7,5 und 10 Mrd. € eingespart werden. Weitere Umgestaltungen im System könnten zu mehr Wettbewerb und weiteren Kostensenkungen führen.

Das Gesundheitssystem steht derzeit in der Kritik, vornehmlich die steigenden Ausgaben und die durch die hohe Arbeitslosigkeit verursachten geringeren Einnahmen. Vorschläge zu einer grundsätzlichen Systemreform zielen vor allem darauf ab, die Einnahmenseite der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) grundlegend zu ändern. Nach unserer Auffassung muss jedoch daneben eine konsequente Strukturreform auf der Ausgabenseite stehen. Der Beitrag konzentriert sich auf bestehende Ineffizienzen; untersucht werden als Hauptakteure Leistungserbringer (Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Apotheken), Intermediäre (gesetzliche Krankenversicherer, kassenärztliche Vereinigungen) und Patienten. Kosteneinsparpotenziale und Verbesserungsmöglichkeiten für Anreizmechanismen werden unter der Prämisse untersucht, dass keine Leistungseinschränkungen für Patienten erforderlich sind und das existierende Finanzie-

rungssystem der GKV nicht in Frage gestellt wird.

**Insgesamt könnten zwischen 7,5 und 10 Mrd. € eingespart werden**

Die Studie untersucht das Einsparpotenzial durch die Beseitigung von Ineffizienzen zum einen auf dem Gebiet der Primärleistungen, hier vor allem die Portfoliostruktur der Krankenhäuser, das Konzept der „Clinical Pathways“ und Integrierte Versorgung. Zum zweiten betrachtet sie Sekundärleistungen, hier die Serviceeinrichtungen im Krankenhaus und die Verwaltung der Krankenkassen. Zum dritten werden Regulierungsfragen behandelt, die Deregulierung von Gesundheitsmärkten sowie eine Umgestaltung der Anreizmechanismen. Die untersuchten Maßnahmen ergeben insgesamt ein Einsparpotenzial von ca. 7,5 bis 10 Mrd. €. Verwirklicht man es, könnte der durchschnittliche Beitragssatz der GKV um 0,7 bis 0,9 %-Punkte sinken.

#### **Spezialisierung und Standardisierung senken Kosten**

Im Bereich Primärleistungen bietet heute jedes Krankenhaus im Rahmen seines Versorgungsauftrags in jeder seiner Fachrichtungen eine Vielzahl von Behandlungsarten an. Dieses heterogene Portfolio hat zur

Folge, dass ein Krankenhaus bei Behandlungen mit geringer Fallzahl und geringen Erfahrungswerten hohe Kosten je Fall zu tragen hat – mit der Folge längerer Operationsdauern, einer höheren Komplikationsrate und hoher Kosten je Fall. Jährlich könnten durch wechselseitige Spezialisierung auf Behandlungen mit jeweils hoher Fallzahl zwischen 0,6 und 0,8 Mrd. € eingespart werden.

Ein Einsparpotenzial zwischen 1,4 und 1,6 Mrd. € bietet das Konzept der „Clinical Pathways“, das eine erhöhte Standardisierung der Behandlungspfade anstrebt. Dabei wird der Pfad mit der besten – wissenschaftlich abgesicherten – Kosten-Nutzen-Relation als Standard definiert. Die Wirtschaftlichkeit wird der medizinischen Qualität nachgeordnet.

Weitere Einsparmöglichkeiten im Bereich Primärleistung könnten durch die „Integrierte Versorgung“ genutzt werden. Hierbei werden Trennungen zwischen und innerhalb von Versorgungseinheiten (ambulante und stationäre Versorgung, Rehabilitation, Versorgung mit Arzneimitteln u.a.) abgebaut. So könnten zwischen 2 und 2,2 Mrd. € jährlich eingespart werden, wenn nur noch solche Behandlungen stationär erfolgen, die nicht ambulant durchgeführt werden können. Weitere 0,6 bis 0,7 Mrd. € könnte die Einführung des „Primärarztprinzips“ erbringen. Dabei laufen sämtliche Informationen über einen Patienten bei einem Arzt zusammen, der die weitere Behandlung dann auch koordiniert.

### Quantifizierbare Maßnahmen führen zu einem Kostenreduktionspotenzial von 7,5 bis 10 Mrd. €

... und zu positiven Anreizen beim Umgang mit Ressourcen

	Wirkungsmechanismus	Potenzial in Mrd. €
Portfoliostruktur	Konzentration auf Behandlungen mit großen Mengen	0,6 bis 0,8
Clinical pathways	Standardisierung von Behandlungspfaden	1,4 bis 1,6
Integrierte Versorgung	Nutzung des ambulanten Potenzials Anbindung Fachärzte, Med. Versorgungszentren Primärarztprinzip	2,0 bis 2,2 Nicht quantifiziert 0,6 bis 0,7
Serviceleistungen Kliniken	Verbundbildung und Zentralisierung von Dienstleistungen	2,3 bis 3,3
Sekundärleistungen Kassen	Zentralisierung von Dienstleistungen	0,5 bis 1,7

(1) Die heutigen und die geplanten Zuzahlungen belaufen sich bereits auf circa 4,0 Mrd. Euro  
Quelle: ADMED Analyse, RWI Analyse

ADMED

RWI  
ESSEN

#### Kostenbewusstsein der Patienten fördern

Im Bereich Sekundärleistungen könnten Krankenhäuser Einkauf, Dienstleistungen und Wartungsverträge bündeln sowie Dienste ausgliedern und zentralisieren. Auf diese Weise ließen sich jährlich zwischen 2,3 und 3,3 Mrd. € sparen. Für die gesetzlichen Krankenkassen ergab eine grobe Abschätzung, dass eine Senkung der Verwaltungskosten, beispielsweise durch vermehrte Kooperation und ein kleineres Geschäftsstellennetz, zwischen 0,5 und 1,7 Mrd. € an Ausgabensenkungen ermöglichen könnte.

Neben diesen konkreten Maßnahmen untersucht die Studie auch mögliche Systemregulierungen, allerdings ohne deren Kostensenkungspotenziale abzuschätzen. Die Anreize für kostenbewusste Nachfrage durch die Patienten lassen sich mittels prozentualer Selbstbehalte für Medikamente, ambulante Behandlungen sowie stationäre Leistungen erhöhen, die sich am Jahresbeitrag zur Krankenkasse orientieren. Präventivmaßnahmen sollten von Selbsthalten vollständig befreit werden. Die Patienten würden zwar mit ungefähr 2 Mrd. € jährlich zusätzlich belastet. Gelingt es jedoch, außerdem die beschriebenen Ineffizienzen

zu beseitigen, würde die Ausgabenseite so um 9,5 bis 12 Mrd. € entlastet. Der Beitragssatz der GKV könnte um 0,9 bis 1,1 %-Punkte sinken. Hinzu kommen Einsparungen durch kostenbewusstes Verhalten der Patienten.

#### **Freiere Vertragsgestaltung zwischen Ärzten und Krankenkassen**

Hinsichtlich der Vertragsstrukturen zwischen Ärzten und Krankenkassen empfiehlt sich die freie Vertragsgestaltung. Das Verhandlungsmonopol und die Zulassungsbeschränkung der Kassenärztlichen Vereinigungen würden entfallen. Stattdessen bieten die Krankenkassen für die Grundversorgung Preise und gegebenenfalls auch Mengen an, die die Ärzte annehmen oder ablehnen können. Ärzte und

Kassen verhandeln so direkt miteinander; es entsteht Wettbewerb. Damit Patienten davon profitieren können, muss der Kas- senwechsel problemlos möglich sein.

Weitere Deregulierungen erscheinen beispielsweise bei Apotheken und privaten Krankenversicherern sinnvoll. Insgesamt liegt bisher allerdings nur wenig empirische Evidenz über die Wirkung von Anreizinstrumenten bei Gesundheitsleistungen vor, was eine Quantifizierung für diese Art von Maßnahmen erschwert. Weitere empirische Untersuchungen sind daher dringend erforderlich.

*Boris Augurzky et al. (2004), Strukturformen im deutschen Gesundheitswesen, RWI : Materialien 8. RWI, Essen.*

Informationen: [Boris.Augurzky@rwi-essen.de](mailto:Boris.Augurzky@rwi-essen.de)

## **Eingeworbene Forschungsaufträge**

**Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Implikationen der Städtebauförderung.** Expertise für ADS Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sanierungs- und Entwicklungsträger. Ansprechpartner: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz. Laufzeit: 4 Monate.

**Wirtschaftsfaktor ältere Migrantinnen und Migranten in Deutschland – Stand und Perspektiven.** Projekt für das Deutsche Zentrum für Alterfragen für den 5. Altenbericht der Bundesregierung. Ansprechpartner: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz. Laufzeit: 3 Monate.

## **Vorträge und Konferenzen**

### **EUREN-Konjunkturausblick in Brüssel vorgestellt**

Am 17. Dezember stellte das europäische Forschungsnetzwerk EUREN in Brüssel seinen vierten „Outlook for Europe“ vor. EUREN gehören führende Wirtschaftsforschungsinstitute aus sechs europäischen Ländern an, darunter das RWI. Insgesamt gelangt der Bericht zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung der Wirtschaftsaussichten für den Euro-Raum. Im Geleit- zug eines günstigeren weltwirtschaftlichen Klimas hat auch hier die Konjunktur Fahrt

aufgenommen. Allerdings wird der Export nur allmählich von der Inlandsnachfrage als Konjunkturmotor abgelöst. Es wird erwartet, dass das reale BIP 2004 um 2,1 % steigen wird nach nur 0,4 % im Jahr 2003. Daran hat aber die 2004 außergewöhnlich hohe Zahl von Arbeitstagen maßgeblichen Anteil. Der komplette Bericht steht auf der RWI-Homepage ([www.rwi-essen.de](http://www.rwi-essen.de)) als Download im pdf-Format bereit (s. Pressemitteilung vom 17. Dezember 2003).



## **E-Living Conference „Life in a Digital Europe“ im RWI**

Am 20. und 21. Januar fand im RWI eine Konferenz des Projekts „e-Living“ statt. Forscher und Wirtschaftsvertreter aus ganz Europa diskutierten verschiedenste Aspekte der Einführung und des Gebrauchs von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Aktuelle Trends hinsichtlich der Nutzung des Internet waren ebenso Thema wie Arbeitseffekte, die Internet-Nutzung durch Jugendliche und Senioren sowie Auswirkungen auf das soziale Leben der IKT-Benutzer.

Das Projekt „e-Living“ ist ein Zusammenschluss von neun europäischen For-

schungsinstituten und Telekommunikationsunternehmen, die gemeinsam die Auswirkungen der Einführung und des Gebrauchs von Informations- und Kommunikationstechnologie auf die Benutzer untersuchen wollen. Dies geschieht überwiegend mit Hilfe von Längsschnittdaten, da diese am besten geeignet sind, Verhaltensänderungen der untersuchten Personen festzustellen. Ein weiteres Ziel des Projekts ist es, europäische Längsschnittdaten zusammenzufügen und so aussagekräftige Ergebnisse für ganz Europa zu erhalten.

## **Workshop des Project LINK in New York**

Am 20. und 21. November 2003 wurde in New York ein Workshop des *Project LINK* ausgerichtet, in dessen Rahmen die weltweite wirtschaftliche Lage und die konjunkturellen Aussichten diskutiert wurden. Eingeladen dazu hatte das *Department for Economic and Social Analysis (DESA)* der

Vereinten Nationen, das sich von dem Treffen einen wichtigen Input für seine Analysen der Wirtschaftslage versprach. Seitens des RWI nahm Dr. Roland Döhrn an der Veranstaltung teil. Er trug den „Outlook for the Euro Area and Germany“ vor.





Teilnehmer der E-Living Conference

## Publikationen

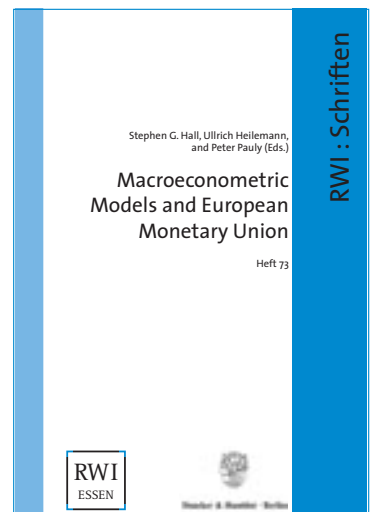
### Macroeconometric Models and European Monetary Union

Die Publikation enthält die Beiträge einer Konferenz, die im November 2000 in Essen stattfand und die Auswirkungen der europäischen Währungsunion auf die Darstellung der Eurozone in makroökonomischen Modellen zum Inhalt hatte. Die Idee zur Konferenz wurde im Rahmen des *Project LINK* entwickelt, einem internationalen Zusammenschluss von Wirtschaftsforschern. Teilnehmer der Konferenz war unter anderem Prof. Dr. *Lawrence Klein*, Nobelpreisträger und Nestor makroökonomischer Modellbildung.

Die Fragestellung wurde unter drei Aspekten erörtert. Zum einen unter dem instrumentalen Aspekt: können existierende Modelle den kommenden Anforderungen genügen, wird die Geldpolitik adäquat dargestellt? Zudem diskutierten die Konferenzteilnehmer, wie das veränderte institutionelle Umfeld (vereinheitlichter Zins-

satz/Geldpolitik, feste Wechselkurse, bindende fiskalpolitische Regeln) die Reaktion des privaten Sektors und der nationalen Wirtschaftspolitiken beeinflussen könnte. Der dritte Aspekt behandelte wiederum eine eher technische Fragestellung: Wie werden die Modelle auf all diese Herausforderungen reagieren?

*Stephen G. Hall, Ullrich Heilemann and Peter Pauly (Eds.) (2004), Macroeconometric Models and European Monetary Union. 224 S., ISBN 3-428-11398-5, Berlin: Duncker & Humblot, 2003, Preis: 71,80 €*



## Wirtschaftspolitische Chronik 1949–2002

Der Band ist eine erweiterte Fassung der „Wirtschaftspolitischen Chronik 1960–1995“, welche die Autoren 1996 zusammengestellt hatten. Ergänzt um den Zeitraum vom Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 bis Ende 1959 sowie den Zeitraum 1996 bis 2002 ist die Chronik auch in ihrer neuen Fassung ein leicht zugängliches Nachschlagewerk zu makroökonomisch bedeutsamen Maßnahmen der westdeutschen bzw. deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie der Geld- und Kre-

ditpolitik. Dabei liegt ihr Schwerpunkt auf Maßnahmen der quantitativen Wirtschaftspolitik (Prozesspolitik). Ordnungspolitische Rahmensetzungen werden kaum angesprochen, eine Ausnahme hiervon sind die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen der fünfziger Jahre.

*Ulrich Heilemann, Heinz Gebhardt und Hans Dietrich von Loeffelholz (2003), Wirtschaftspolitische Chronik 1949–2002. 2. Auflage, UTB-Taschenbuch 2495. ISBN 3-8282-0264-0, Stuttgart: Lucius&Lucius, Preis: 13,90 .*

## RWI : Discussion Papers

Download der RWI : Discussion Papers unter [www.rwi-essen.de/dp](http://www.rwi-essen.de/dp)

### **(8) Michael Fertig and Christoph M. Schmidt, Gerontocracy in Motion?**

Das Papier beschäftigt sich mit den Auswirkungen einer im Durchschnitt alternenden europäischen Bevölkerung auf die Arbeitsmärkte. Hierzu wird zunächst ein deskriptiver Überblick über den demografischen Wandel gegeben, der derzeit die europäischen Gesellschaften prägt. Sodann werden die Auswirkungen dieser Prozesse und ihre Wechselwirkungen mit der europäischen Arbeitsmarktsituation erörtert. Im empirischen Teil zeigt sich, dass größere Geburtenkohorten niedrigere Beschäftigungsraten aufweisen. Gleichzeitig stellt sich heraus, dass Investitionen in Aus- und Weiterbildung diese Konsequenzen entschärfen könnten. Der Schlussabschnitt enthält Empfehlungen für den Umgang der Politik mit den Konsequenzen einer alternden Bevölkerung.

### **(9) Michael Fertig and Robert E. Wright, School Quality, Educational Attainment and Aggregation Bias**

Im Beitrag werden Daten aus der Pisa-Studie dazu genutzt, Zusammenhänge zwi-

schen Klassengröße und Lesefähigkeit der Schüler zu untersuchen. Dies geschieht durch so genannte Erziehungs-Produktionsfunktionen (*education production functions*). Die Analyse offenbart, dass die Wahrscheinlichkeit, statistisch signifikante und mit dem richtigen Vorzeichen versehene Effekte der Klassengröße zu finden, steigt, je höher aggregiert die Daten sind. Der Zusammenhang zwischen Klassengröße und Lesefähigkeit lässt sich folglich auf der individuellen Ebene schwieriger nachweisen als beispielsweise auf der Ebene von Schulen oder Regionen. Eine generelle Antwort, ob kleinere Klassengrößen zu höheren Leistungen führen, kann also nicht gegeben werden.

### **(10) Michael Fertig, The Effectiveness of Qualification Measures for Employed Workers – An Evaluation Study for Saxony**

In diesem Papier wird untersucht, ob und in welchem Ausmaß in Deutschland durchgeführte beschäftigungspolitische Maßnahmen, die vom Europäischen Sozialfonds (ko-) finanziert wurden, ihre Ziele erreicht haben. Dabei wird vor allem analysiert, ob Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte in Sachsen tatsächlich Arbeitsplätze sichern. Die Ergebnisse der



Untersuchung deuten darauf hin, dass die Teilnahme an einer Maßnahme einen positiven Effekt für die Programmteilnehmer hat. Allerdings variiert dieser positive Effekt zwischen den verschiedenen Unter-

gruppen der Maßnahmenteilnehmer ebenso wie innerhalb der Vergleichsgruppe derjenigen Personen, die nicht an Maßnahmen teilgenommen hat.

## RWI : Materialien

(7) RWI (Hrsg.) (2003), **Deutliche Anzeichen einer Belebung – Konjunkturbericht 2004 für Nordrhein-Westfalen**. RWI, Essen, 21 Seiten, ISBN 3-936454-14-0, Preis: 5 €, unter [www.rwi-essen.de/mat](http://www.rwi-essen.de/mat) kostenlos als pdf-Download erhältlich

Der im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen erstellte Konjunkturbericht 2004 beschäftigt sich detailliert mit der konjunkturellen Lage im größten deut-

schen Bundesland. Demnach wird sich die Konjunktur in NRW 2004 beleben und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dementsprechend um 1,5% zulegen. Damit liegt NRW um 0,3 %-Punkte unter der RWI-Prognose für Gesamtdeutschland. Die nordrhein-westfälische Arbeitslosenquote wird 2004 von 9,6% auf 9,4% zurückgehen, allerdings in erster Linie bedingt durch Bereinigungen der Statistik.

## Personalia

### Prof. Christoph M. Schmidt wird ESPE-Präsident

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt ist als „President Elect“ in den Vorstand der „European Society for Population Economics“ (ESPE) gewählt worden. Seine Amtszeit dauert ein Jahr, ihr folgt ein wei-

teres Jahr als ESPE-Präsident. Zudem leitet Prof. Schmidt das Programmkomitee der diesjährigen ESPE-Jahrestagung, die im Juni im norwegischen Bergen stattfinden wird.

### Professur für PD Dr. Friederike Welter

RWI-Wissenschaftlerin PD Dr. Friederike Welter hat einen Ruf als Visiting Professor für Business Administration/Entrepreneurship für zwei Jahre an die *Jönköping International Business School* (JIBS) der Universität Jönköping/Schweden angenommen.

Friederike Welter arbeitet seit 1993 am RWI. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt vor allem in den Bereichen Existenzgründung sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Ihre von der Universität Lüneburg angenommene Habilitationsschrift

(2002; RWI : Schriften 69)) beschäftigte sich mit „Strategien, KMU und Umfeld – Handlungsmuster und Strategiegenese in kleinen und mittleren Unternehmen“. Seit 2002 ist sie außerdem an der Universität Lüneburg als Privatdozentin tätig.

## **Prof. Nina Smith zur Vorsitzenden des „Board of the Danish Research Councils“ ernannt**



Prof. Nina Smith, Ph.D., Mitglied des Forschungsbeirats des RWI, ist vom dänischen Wissenschaftsminister Helge Sander zur Vorsitzenden des „Board of the Danish Research Councils“ ernannt worden. Das

Gremium bündelt die Aktivitäten der sechs dänischen Research Councils zu den Bereichen „Interdisziplinäre Forschung“, „Geisteswissenschaften“, „Agrarwissenschaft und Tierheilkunde“, „Naturwissen-

schaften“, „Sozialwissenschaften“ sowie „Gesundheit und Medizin“.

Für das Amt ist eine Karriere als anerkannte(r) Wissenschaftler/in ebenso erforderlich wie Erfahrungen mit strategischen Forschungsaktivitäten; die Amtszeit beträgt vier Jahre.

Nina Smith ist Professorin an der *Aarhus School of Business* und Direktorin des *Centre for Research in Integration and Marginalization*. Ihre Forschung befaßt sich primär mit den Gebieten Arbeitsmarkt (Arbeitsangebot, Frauen, Immigranten, Gering qualifizierte), Einkommensungleichheit, Einkommensteuern und Sozialstaat.

Sie hat unter anderem in *Economica*, *Oxford Economic Papers* und *Applied Economics* publiziert.

## **Tauchmann-Dissertation erhält „summa cum laude“**

Die Dissertation des RWI-Wissenschaftlers Harald Tauchmann ist von der Universität Heidelberg mit der Bestnote „summa cum laude“ bewertet worden. Die Arbeit mit dem Titel „CO<sub>2</sub>-Vermeidung und Brennstoffwahl in der Elektrizitätserzeugung – ökonomische Analysen“ befasst sich mit der Schätzung von Preiseffekten auf den von den Unternehmen gewählten Energiemix. Hierzu wurden Daten aus Deutschland und den USA empirisch untersucht.

Es zeigt sich, dass die Energiepreise sowohl kurz- als auch langfristig nur einen geringen Einfluss auf die Brennstoffwahl der Stromerzeuger haben. Die ökologische Effektivität differenzierter Energiesteuern, also das Ausmaß, in dem entsprechende Preisinstrumente zu CO<sub>2</sub>-mindernder Energieträgersubstitution führen würden, wird daher zurückhaltend beurteilt. Die Dissertation von Harald Tauchmann wird in Kürze in der Reihe „RWI : Schriften“ erscheinen.

## Interview mit Prof. Dr. Thomas K. Bauer

*Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl in den RWI-Vorstand. Worin sehen Sie Ihre vorrangige Aufgabe im Institut?*

Zentraler Schwerpunkt meiner Tätigkeit am RWI ist die wissenschaftliche Beratung der Mitarbeiter. Dies beinhaltet unter anderem die Ausarbeitung von Strategien zur Publikation der wissenschaftlichen Arbeiten in referierten Zeitschriften, eine aktive und passive beratende Begleitung bei wissenschaftlichen Projekten, die Mitarbeit an wirtschaftspolitischen Gutachten sowie die Weiterbildung der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Rahmen interner Kurse. Ich werde darüber hinaus einen Schwerpunkt meiner Aktivitäten darauf legen, das Institut bei der neuen Strukturierung der wissenschaftlichen Ausrichtung und der Schärfung des Forschungsprofils zu unterstützen.

*Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer Forschungsarbeit?*

Die Schwerpunkte meiner wissenschaftlichen Arbeit liegen im Bereich der Migrationsforschung sowie der Bildungs- und Arbeitsökonomik. Darüber hinaus möchte ich im Rahmen meiner Tätigkeit am RWI verstärkt makroökonomische Fragestellungen bearbeiten.

*Haben sich aus Ihrer Sicht die Anforderungen an Wirtschaftsforschungsinstitute in den vergangenen Jahren verändert?*

Nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen Budgetkürzungen und der fortschreitenden Internationalisierung der Forschung hat der Wettbewerb für die Wirtschaftsforschungsinstitute in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Im Gegensatz zu anderen Forschungsgemeinschaften stellen sich die zur WGL gehörenden Wirtschaftsforschungsinstitute diesem Wettbewerb durch eine regelmäßige externe Evaluation durch unabhängige Wissenschaftler.



Dieser Evaluationsprozess wird langfristig garantieren, dass die Wirtschaftsforschungsinstitute international wettbewerbsfähig bleiben.

*In Zukunft werden das RWI und ihr Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum enger kooperieren. Wie können ein universitärer Lehrstuhl und ein Wirtschaftsforschungsinstitut ihrer Meinung nach dabei voneinander profitieren?*

Für meinen Lehrstuhl ist die vorgesehene Kooperation insbesondere aufgrund der aktiven Einbindung in die Politikberatung interessant. Darüber hinaus ist für einen empirischen Wirtschaftswissenschaftler der Zugriff auf aktuelle Wirtschaftsdaten sehr wichtig, der über eine derartige Kooperation erleichtert wird. Die Wirtschaftsinstitute profitieren von einer engen Kooperation mit Universitäten insbesondere durch die daraus resultierenden Forschungsimpulse und den Transfer neuester theoretischer und methodischer Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften. Dieser Transfer ermöglicht nicht nur eine Politikberatung auf einem hohen wissenschaft-

lichen Niveau unter Einbeziehung neuester Methoden, sondern verbessert für beide Seiten auch die Möglichkeiten der Publikationstätigkeit in wissenschaftlichen Zeitschriften.

*Findet in diesem Bereich bereits genügend Kooperation statt?*

In den vergangenen Jahren wurde die Kooperation zwischen den Wirtschaftsforschungsinstituten und den Universitäten intensiviert. Inzwischen haben nahezu alle deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute verschiedene Programme implementiert, die eine stärkere Einbindung von Wissenschaftlern an den Universitäten in die Tätigkeiten der Institute vorsehen. Ich denke jedoch, dass diese Kooperationsvorhaben noch weiter ausgebaut werden müssen. Das RWI hat hier zusammen mit den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universität Bochum, der Universität Dortmund und der Universität Duisburg-Essen im Rahmen der Initiative zur Gründung einer *Ruhr-Graduate-School in Economics* einen richtigen Weg eingeschlagen, da damit die wissenschaftliche Kooperation der beteiligten Institutionen auch langfristig sichergestellt wird.

*Bevor Sie nach Bochum und Essen kamen, haben Sie in Bonn gearbeitet. Wie groß war der „Kulturschock“, was vermissen Sie, und was hat Sie bisher am Ruhrgebiet überrascht?*

Da ich noch in Bonn wohne, habe ich neben der Ruhr-Universität noch nicht sehr viel von Bochum und Essen gesehen. Überrascht bin ich vor allem über die ausgedehnten Grünflächen, die so gar nicht meinem ursprünglichen Bild vom Ruhrgebiet entsprechen. Als Fußballbegeisterter habe ich inzwischen auch gelernt, dass man in dieser Gegend sehr vorsichtig über diesen Sport diskutieren muss (auch wenn man kein Fan eines großen Vereins aus dem bayerischen Raum ist).

---

**RWI : News****Nr. 1/2004 (Februar 2004)**

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,  
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de  
Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

ISSN 1612-3581